

# Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Dresden  
Raben & Comp., Str. 124/6

Organ für das werktätige Volk

Vertrauens: Edl. Staatsrat, Dresden,  
Bau der Arbeiter, Knechtstr.  
und Deutscher, E. G. Dresden,  
Gedruckter Werkstätten, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Unteraufsichtsmannschaft - Dresden

Bei Erhalt von Änderungen in der Redaktion, ist es durch oder ohne Rücksicht auf die Redaktion, bei der Redaktion der Dresdner Volkszeitung, bitte auf Rückmeldung des Verlagsamtes über die Fortführung der Zeitung.

Verlagsamt: Dresden  
Raben & Comp., Str. 124/6  
Telegraphisch: Dresden  
Telefon: 124/6

Schriftleitung: Dresdener Str. 124/6  
Abdruck nur wochentags von 11 bis 1 Uhr  
Gedruckter Werkstätten, Dresden  
Gründungszeit von 1893 bis 1930

Abdruckpreis: Einzelhefte: 20 Pf.  
Abdruckpreis: 20 Pf.  
Abdruckpreis: 20 Pf.  
Abdruckpreis: 20 Pf.

Nr. 153

Dresden, Freitag, den 4. Juli 1930

41. Jahrgang

## Brünings Drohung

### § 48 und Reichstagsauflösung

Berlin, 4. Juli. (Sig. Funf.)

Die für heute vorgesehene Besprechung des Reichstages mit den hinter der Regierung stehenden Parteien erfolgt auf Wunsch der die Regierung stützenden Fraktionen. Der Reichskanzler will im Verlauf der Besprechungen die Wünsche der ihn und seine Regierung stützenden Parteien entgegennehmen, ohne jedoch hinsichtlich der Durchführung auch nur irgendwelche bestimmte Zusagen zu machen. Brüning glaubt dazu um so weniger in der Lage zu sein, als die Deutsche Volkspartei heute wahrscheinlich aus der Regierungskoalition austritt und irgendeine Forderung an eine Gruppe seiner Koalition zu neuen Forderungen anderer Gruppen führen würde. Es ist infolgedessen auch sehr zweifelhaft, ob er nach der Besprechung mit den ihn stützenden Parteien mit der Opposition verhandeln wird. Wahrscheinlicher ist, daß Brüning in den nächsten Tagen vor den Reichstag tritt und die Annahme der Deckungsvorlagen fordert. Würde dieser Forderung nicht entsprechen, so dürfte die Regierung den § 48 der Reichsverfassung anzuwenden und für den Fall, daß sich eine Mehrheit des Reichstages für die Aufhebung der auf Grund des Ausnahmegesetzes erlassenen Steuern entscheiden sollte, den Reichstag auflösen.

Zuschläge zur Einkommensteuer in der Fassung der Ausschlußbeschlüsse mit 56 gegen 9 Stimmen bei einer Enthaltung an. Wesentliche Änderungen an der Vorlage der Reichsregierung sind durch die Ausschlußbeschlüsse nicht vorgenommen worden. Gegen die Vorlage stimmten nur die Länder Thüringen und Braunschweig und die preussischen Provinzen Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Sachsen, Schleswig-Holstein und Hannover. Enthaltend hat sich das Land Schwaben. Die Tabaksteuererhöhung wurde gleichfalls angenommen. Die Verlängerung des Kontingents um ein Jahr wurde nur mit 33 gegen 31 Stimmen bei einer Enthaltung beschlossen.

Die Reichsregierung hat also ihre erste Niederlage im Reichstag, die Ablehnung der Koldenbäuserischen Vorläge, erlitten. Nachdem es das Schicksal ihrer Vorlagen im Reichstag noch unbekannt ist. Der einstimmige Beschluß der Deutschnationalen, der ursprünglich als eine kategorische Ablehnung der Regierungsvorlagen gedeutet wurde, hat in der Reichstagspresse Kritik und Auslegung erfahren, die die Meinung vertritt, daß es sich dabei nur um ein taktisches Manöver handelt. Die Absicht der Deutschnationalen ist, ihre Zustimmung möglichst teuer zu verkaufen und außer dem Programm noch weitere materielle Zugeständnisse zu erhalten. Für diesen Fall lassen sie sich sicherlich genau so mit sich reden wie im April, als sie die Regierung Brüning ebenfalls vor der sicheren Niederlage retteten.

In mehreren Ausschüssen des Reichstages haben Zentrum, abgeordnete am Donnerstag gegenüber den Deutschnationalen erklärt, daß, wer Ausgaben bewillige, auch für die Deckung sorgen müsse. Das ist verständlich, auch für die Deckung sorgen, als ob auch diesmal zwischen den Deckungsvorlagen und dem Gesetz über die Hilfe der sozialpolitischen Vorlagen über die Arbeitslosenversicherung und die Krankenversicherung eine Verbindung geschloffen werden soll.

### Demokraten gegen Dietrich

Auf dem Demokratischen Parteitag des Wahlkreises Potsdam II wurde auf Antrag des Reichstagsabgeordneten Reyer eine Entschließung angenommen, in der die Erwartung zum Ausdruck gebracht wird, daß die demokratische Reichstagsfraktion auf keinen Fall den Deckungsvorlagen des demokratischen Finanzministers Dietrich zustimmt.

Im Verlauf der Debatte spielte u. a. auch die Übernahme des Finanzministeriums durch den demokratischen Wirtschaftsminister Dietrich eine Rolle. Ein Antrag, ihn zum Reichstagspräsidenten zu ernennen, wurde jedoch abgelehnt. Ein Antrag, in dem Dietrichs Handlungsweise bedauert wurde, vereinigte nur 12 Stimmen auf sich.

## Alarm

### Die Dresdner Fürsorgesätze in Gefahr

Die Schwere der Wirtschaftskrise und die Sorge um die Bereitstellung der nötigen Gelder für die Betreuung der langfristigen Erwerbslosen, die unter die Bestimmungen des Wohlfahrtsgesetzes fallen, verlangt von den Gemeinden Bereitstellung bedeutender finanzieller Mittel. Überall steht unter diesem Zeichen die Beratung der Haushaltspläne der Gemeinden. Das Reich hat es bisher verstanden, sich von der Betreuung der Wohlfahrtsverwerbslosen zu drücken. Die Millionenaufwendungen erfahren allmonatlich mit dem Anwachsen der Wohlfahrtsverwerbslosen unerhörte Steigerungen, die ebenfalls den Gemeinden auferlegt sind. Die Weidner Regierung hat trotz energischem Protest des Deutschen Städtebundes und des Sächsischen Gemeindebundes sich bisher laus gestellt und überläßt die Gemeinden ihrem Schicksal. Überall kommt der Haushaltsplan in Unordnung, nicht nur kleine Gemeinden, sondern auch Städte mit durchaus solider Finanzwirtschaft geraten mit ihrem Etat ins Wanken. Das ist kein Wunder, weil ja neben den Kosten, die die aufgeschwemmten Erwerbslosen den Gemeinden aufbürden und ausführen müssen, die traurige wirtschaftliche Not auch ganz allgemein den Fürsorge- und Wohlfahrtsrat steigert.

So ist es begreiflich, daß bei den verantwortlichen Stellen in den Gemeinden in der Sorge um die künftige Gestaltung der Gemeindevirtschaft eine große Nervosität Platz greift, zumal die hilflose Brüning-Regierung in ihrem reaktionären Kurs der Not der Gemeinden kaum Verständnis entgegenbringt. Die Urheber der heutigen Wirtschaftskrise und die Verantwortlichen für die Not des gesamten Volkes, das Großunternehmertum und die hinter ihm stehenden und von ihm beeinflussten politischen Parteien, versuchen, sich um die Verantwortung zu drücken. Nunmehr, da die Arbeitslosigkeit nicht gewunde Formen angenommen hat, sollen nach der Meinung dieser Kreise die Lasten der Arbeiterschaft aufgebürdet werden. In verantwortungsloser Weise werden von den rechtsstehenden Parteien notwendige Steuern abgelehnt.

Was sich im großen im Reich ereignet, setzt sich im kleinen in den Gemeinden fort. Ein Beispiel dafür bietet die Dresdner Haushaltsplanberatung, die am Donnerstagabend in öffentlicher Sitzung begonnen wurde. Seit Wochen spielt in Dresden hinter den Kulissen ein schwerer Kampf. Die bürgerlichen Fraktionen verfahren nach dem einfachen Rezept der Steuerablehnung und verdrücken die Bilanzierung des Etats durch Kürzung der Mittel beim Fürsorgeamt.

Diese infame Politik können sie sich nur leisten, weil sie ein großes Stück ihres Wegs von den Kommunisten unterstützt werden, deren Treiben nur darauf gerichtet ist, in jedem Falle und bei jeder Gelegenheit gegen die Sozialdemokratie zu ziehen. Beide, die Verächter von rechts und die Schreier von links, verweigern in schlimmer Notlage die Steuern.

Die Lage wird gekennzeichnet durch den Ausbruch eines kommunistischen Stadtverordneten, der kurz vorher erklärte, es könne den Kommunisten schuppe sein, ob der Haushaltsplan balanciert oder nicht. Die Kommunisten wissen natürlich, daß sie mit solcher Stellungnahme die gesamte Finanzpolitik der Stadt gefährden und damit auch die Fürsorgeunterstützung in ihrer

ausdrücken können. Das Anstern im Gedächtnis wird zu einem Krachen werden. Eine Partei, die nur den Zweck verfolgt und die keinerlei gemeinsame Grundgedanke einer Theorie oder einer positiven politischen Überzeugung besitzt, wird ihrer Auflösung zusteuern.

Diese Entwicklung mag eine Reihe von Jahren in Anspruch nehmen. In dieser Zeit können die Nationalsozialisten nach mancherlei verderblichen Unfug anrichten. Aber schließlich wird es doch dahin kommen, daß sich ein großer Teil der wütenden Nationalisten, von heute unter dem marxistischen Banner wiederfinden wird.

### Killers Reichstagsknappen

Die nationalsozialistische Reichstagsfraktion veröffentlicht folgende Erklärung: „Entgegen anderslautenden Gerüchten und Pressemeldungen erklärt die Reichstagsfraktion der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, daß sie geschlossen hinter der Führung Adolf Hitlers steht und sich in fester Disziplin der Parteiorganisation einordnet.“

### Sächsische Nazis verlieren ihre Zeitung

Der Gau Sachsen der NSDAP teilt mit, daß der Sächsische Beobachter nicht mehr Gaubeitung ist. Dr. Otto Straher werde mit dieser Zeitung eigene Politik. Die NSDAP, in Sachsen werde noch in diesem Monat eine eigene sächsische Zeitung herausgeben.

## Die Nazispaltung vollzogen

### Die „Verbonzung und Verbürgerlichung“ der Hitler-Partei - Die Reichstagsfraktion für Hitler

Die Gruppe Otto Strahers hat ihren Bruch mit der Hitler-Gruppe vollzogen. Der Nationale Sozialist, dessen Herausgeber Otto Straher ist, veröffentlicht einen Aufruf zur Gründung einer eigenen Partei der revolutionären Nationalsozialisten. Gregor Straher dagegen hat sich von seinem Bruder losgelöst und sich für Hitler erklärt.

Die Gruppe um Otto Straher, bei der auch Niekisch mitnimmt, begründet ihren Schritt in einer endlosen Erklärung, die ausschließlich von Berliner Nationalsozialisten unterzeichnet ist. In der Erklärung heißt es u. a.:

„Von jeher hat es uns mit Bedauern und Widerspruch erfüllt, daß Adolf Hitler sich zwar häufig mit führenden Kreisen der Unternehmern- und Kapitalistenklasse über die Ziele und Wege des Nationalsozialismus auseinandersetzt, aber nie Gelegenheit nahm, mit führenden Kreisen der Arbeiter- und Bauern das gleiche zu tun. So empfanden wir das daraus resultierende Gefühl, als ob der Nationalsozialismus jenen Kreisen näher stünde als denen, als eine schwere Belastung. Aus dem gleichen Grunde haben wir mit steigender Sorge die enge Verbindung der Führung mit Hugenberg und der Deutschnationalen Volkspartei, zum Teil auch mit dem Stahlhelm und den sogenannten Vaterländischen, weil alle diese Umstände - auch wenn sie, wie beim Volksbegehren, tatsächlich von Volk zu Volk vertretbar sein mochten - doch geeignet schienen, eine falsche Vorstellung von unserem Wesen zu geben. ... Daß in Verbindung mit der Verbürgerlichung der Bewegung eine Revolution der Partei, die getragene erdreichende Formen annahm, nicht nur die sogenannten bösen SA-Mitglieder, sondern in

steigendem Maße auch die politischen Funktionäre der Partei, entwickelten sich nach ihrer Fälschung und ihrer Lebensführung in einer Weise, die ebenso mit den inneren Gesetzen einer revolutionären Bewegung, wie mit den Forderungen eines sauberen Charakters in Widerspruch standen. ... Als aufrechte, unbegleitete Vertreter des Nationalsozialismus, als glühende Anhänger der deutschen Revolution lehnen wir jede Verästelung des revolutionären Charakters, des sozialistischen Willens und der nationalsozialistischen Grundgedanken des Nationalsozialismus ab und werden nunmehr außerhalb der nationalsozialistischen Bewegung, das heißt, was wir immer waren: Revolutionäre Nationalsozialisten.“

Inhalt und Tendenz der Erklärung lassen vermuten, daß die Straher-Gruppe nunmehr nach nationalsozialistischen Methoden den Kampf gegen die Urheber dieser Methoden, die „linientreuen“ Hitlerianer, aufnehmen wird. Mit welchem Erfolge, bleibt abzuwarten. Zunächst beschränkt sich der Aufruf der Straher-Gruppe auf Berlin. Sie erwartet jedoch auf dem Lande noch Zugang und stützt ihre Hoffnungen auf die allgemeine Unzufriedenheit der Nazianhänger mit dem nationalsozialistischen „Bonzenrum“. So scheint die Saat der Verbürgerlichung, die Hitler und Konfessionen gesät haben, aufzugehen und sich in erster Linie gegen sie selbst zu wenden.

Wenn auch die Straher-Gruppe zunächst wenig Erfolge davontragen dürfte, im Laufe der Zeit werden die Meinungsverschiedenheiten doch immer aufs neue in die Erscheinung treten und die bürgerlich gerichteten Elemente werden sich auf die Dauer mit dem proletarischen